A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 79 — Sonnabend, den 4. Juli 1931. — 44. Jahrgang

Hoovers dringlicher Appell.

Das amerikanische Memorandum an Frankreich.

Washington, 3. Juli

Das im Auftrage des Präsidenten Hoover von Castle und Morrow ausgearbeitete Memorandum bewegt sich, abgesehen von einer vorsichtigeren Formulierung, im allgemeinen auf der Linie der gestrigen offiziösen Regierungserklärung.

Die Note bringt klar zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres rund 100 Millionen Dollar mehr einbüßen würde, als wenn es dem Hooverplan zustimmte.

Zweifellos würde Deutschland, wenn der Hooverplan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschützten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschützten Zahlungen zu leisten, würde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, andererseits aber gezwungen sein, 106 Millionen Dollar als Garantiefonds an die BIZ und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen. Das bedeute also einen Verlust von 100 Millionen Dollar.

In dem Memorandum wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer drohe. Schon der Hooverplan allein habe das Vertrauen wiederkehren lassen. Das habe sich in der Steigerung aller Waren und Effektenpreise auf allen Weltmärkten wiedergespiegelt.

Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlages knüpfe, stünden nicht im Einklang mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten, sie seien vielmehr geeignet, die beabsichtigte Hilfsaktion für Deutschland zu verhindern.

Die Washingtoner Regierung halte zwar daran fest, daß die Rückerstattung der gestundeten Beträge über 25 Jahre verteilt werde, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, wenn andere Streitfragen aus der Welt geschafft würden, besonders wenn während der beiden nächsten Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Die Befürchtungen Frankreichs, daß es gezwungen werden könnte, den Garantiefonds in die BIZ einzuzahlen, seien grundlos, weil alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten. Wenn Frankreich wirklich Angst habe, dann sollten die übrigen Regierungen ausdrücklich Frankreich von der Besorgnis befreien.

Die französische Forderung aber, daß die von Deutschland während des Moratoriumsjahres an die BIZ abgeführten und auf dem Anleihewege wieder zurückerworbenen Beträge dem Garantiefonds derweise gutgeschrieben werden sollten, als ob Frankreich selbst die Garantiezahlung geleistet hätte, stehe nicht nur mit dem Geist, sondern mit dem Wesen des Hooverschen Angebots im völligen Widerspruch.

Die Regierung der Vereinigten Staaten könne über eine Abänderung des Youngplanes selbstverständlich nicht verhandeln, da sie ihn nicht unterzeichnet habe.

Abschließend appelliert die Washingtoner Regierung nochmals an Frankreich und gibt der Hoffnung Ausdruck daß die Pariser Regierung einen Weg finden möge, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Plan Hoovers in Wirksamkeit zu setzen, da kein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sei, ohne daß alle Staaten vorübergehende Opfer auf sich nähmen.

Eine amtliche Pariser Erklärung.

Die französische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, im Zusammenhang mit der amerikanischen Denkschrift folgende amtliche Verlautbarung herauszugeben:

„Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Schriftstück, von dem in der Verlautbarung die Rede ist, die im Anschluß an die Besprechung zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern veröffentlicht wurde, nicht den Charakter einer Note von Regierung zu Regierung trägt, sondern nur ein aide memoire darstellt, das die amerikanischen Unterhändler informieren soll."

Die für Donnerstagabend angesetzt gewesenen Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und dem französischen Ministerpräsidenten Laval, die eine endgültige Entscheidung über die Annahme des Hooverplans durch Frankreich bringen sollten, sind vertagt worden. Der Zeitpunkt, wann die Besprechungen fortgesetzt werden sollen, steht noch nicht fest.

Die Presse zum Memorandum.

Das amerikanische Memorandum, das am Mittwoch der französischen Regierung überreicht wurde, ist in der Pariser Presse mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen worden. Man liest daraus den festen Willen der amerikanischen Regierung, in den Hauptpunkten ihre eigene Meinung durchzusetzen und die französischen Gegenvorschläge zu entkräften. Einige Blätter bemängeln insbesondere den Ton, in dem das Schriftstück gehalten ist, der nicht dazu beitrage, die anzustrebende Lösung zu erleichtern.

Das englische Echo

Bei der Erörterung des amerikanischen aide memoire an Frankreich erklärt der diplomatische Mitarbeiter des arbeiterparteilichen

„Daily Herald",

es sei nunmehr Sache Frankreichs, sich endlich schnell zu entschließen. Die finanzielle Anspannung Deutschlands, die bei Bekanntgabe des Hooverplanes etwas nachgelassen habe, verstärke sich jetzt wieder weiter. Die Lage werde wieder sehr ernst.

„Daily Expreß"

ruft: Heil Mussolini! Der Führer Italiens habe sich als Realist und als Idealist erwiesen, der unmittelbar auf das Ziel losgesteuert sei, während Frankreich sich widersetze.

„News Chronicle"

meint, die amerikanische Denkschrift ebne den Weg zu einer Einigung.

Abbau der innerdeutschen Gesandtschaften

Berlin, 2. Juli.

Ministerpräsident Braun hat vor ungefähr einer Woche denjenigen deutschen Ländern, die noch Gesandte bei Preußen unterhalten, mitgeteilt, daß es nach der Beseitigung der preußischen Gesandtschaft in München scheine, als ob dieses System jetzt endgültig überlebt sei. Es ist damit zu rechnen, daß die völlige Beseitigung dieser Einrichtung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Vor dem Kriege waren, wie vielleicht nicht allgemein bekannt ist, alle ausländischen sowie die innerdeutschen Gesandtschaften nicht beim Reich, sondern beim König von Preußen akkreditiert. Nach der Umwälzung änderte sich das. Lediglich die deutschen Länder unterhielten auch weiterhin bei Preußen Gesandte. Bis zur jetzt erfolgten Abberufung des bayerischen Gesandten von Preger aus Preußen unterhielten nicht weniger als zwölf Länder bei Preußen Gesandte. Braunschweig und Anhalt sind durch einen gemeinsamen Gesandten vertreten. Neben Bayern hat zur Zeit lediglich Thüringen keinen eigenen Gesandten mehr in Berlin. Preußen selbst hat keinen einzigen Gesandten mehr bei den Ländern.

Brüning gegen Versailles-Kundgebung.

Er hält sie gegenwärtig für unangebracht.

Berlin, 3. Juli.

Die Verhinderung der Versailles-Kundgebung der Kölner Studentenschaft ist — wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt — auf das Eingreifen des Reichskanzlers Brüning zurückzuführen. Der Staatssekretär der Reichskanzler habe am 25. Juni an den Rektor der Universität Köln folgendes Telegramm gesandt:

„Reichskanzler dankt vielmals für die Bemühungen, dortige Studentenschaft zu einer einheitlichen Kundgebung zu veranlassen. Reichskanzler verkennt nicht die tiefe vaterländische Gesinnung, die Kölner Studentenschaft beseelt. Hält es aber aus politischen Gründen im gegenwärtigen Augenblick für richtiger, Kundgebungen der vorgeschlagenen Art überhaupt zu vermeiden. Ich verweise auf Rundfunkrede Reichskanzlers, deren Widerhall im Auslande durch solche Kundgebungen selbst in gemäßigter Form stark beeinträchtigt werden könnte."

Zwischenfälle an der Kölner Universität.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der von der Studentenschaft an der Kölner Universität geplanten Kundgebung gegen Kriegsschuldlüge und Friedensvertrag kam es an der Universität zu Zwischenfällen. Als eine Versammlung von Studenten das Deutschlandlied anstimmte, weigerten sich einige wenige Studenten, die Kopfbedeckung abzunehmen, worauf eine Schlägerei entstand, bei der ein einer jüdischen Verbindung angehörender Student am Kopf erheblich verletzt wurde. Kurze Zeit darauf erschien das Ueberfallkommando, das auch in die Universität eingelassen wurde und die Studenten auseinandertrieb.

Verschuldung der Beamten.

Eine Verfügung des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Dietrich hat eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Es mehren sich die Fälle, in denen Beamte zur Erlangung eines durch Lebensversicherung gesicherten Darlehns bei ihren Dienststellen die Ausstellung von Bescheinigungen über die Höhe und die Abtretungsfähigkeit ihres bisher erdienten Ruhegeldes (Ruhegehalts) beantragen. Derartigen Anträgen kann in der beantragten Form nicht entsprochen werden, da die Entscheidung über die anzurechnende ruhegehaltsfähige Dienstzeit (Pensionsdienstzeit) erst bei der Versetzung des Beamten in den Ruhestand getroffen wird und die in diesem Zeitpunkt bestehende Rechtslage jetzt noch nicht übersehen werden kann.

Mit Rücksicht hierauf kann dem Beamten lediglich eine Bestätigung über seine Besoldungsgruppe, Besoldungsstufe und über die Zeit, die er als Beamter im Reichs- oder Staatsdienst zurückgelegt hat, erteilt werden. Es muß der Darlehnsgeberin überlassen bleiben, hieraus ihre Folgerungen hinsichtlich des zu gewährenden Kredits zu ziehen.

Aus dem Umstande, daß eine Bescheinigung erteilt ist, kann auch nicht gefolgert werden, daß die Dienststelle die Kreditnahme als wirtschaftlich gerechtfertigt ansieht. Zu einer solchen Prüfung bietet der Antrag des Beamten auf Erteilung der Bescheinigung keinen Anlaß. Es muß dem Beamten überlassen bleiben, darauf zu achten, daß er Kredite nur aus wichtigem Anlaß und nur bis zu einer Höhe entnimmt, die eine untragbare Verschuldung ausschließt."

Das Posener Wilson-Denkmal.

Der Kampf hinter den Kulissen.

Warschau, 3. Juli.

Am Sonntag wird in Posen ein Denkmal für den verstorbenen früheren amerikanischen Präsidenten Wilson enthüllt, dessen Unkenntnis europäischer Verhältnisse der neue polnische Staat so viel zu danken hat. Die Witwe Wilsons ist von der polnischen Regierung zu dieser Feier eingeladen worden und bereits in Warschau eingetroffen. Eine andere Einladung der polnischen Regierung aber ist erfolglos geblieben, nämlich die an den Stifter des Denkmals, den ehemaligen polnischen Staatspräsidenten, den großen Klavierspieler und nicht minder großen Propagandisten des neuen Polen, Paderewski.

Er hat abgelehnt, da seine Frau in der Schweiz krank liege und er sich nicht alleinlassen könne. Diese Entschuldigung ist stichhaltig, sie dürfte aber kaum der entscheidende Grund für die Zurückhaltung Paderewskis sein. Als eine der führenden Persönlichkeiten der Nationaldemokratischen Partei Polens steht Paderewski in schroffer Gegnerschaft zu der jetzigen Regierung, und das ist einmal der Grund, weshalb er sich seit Jahren der Heimat fernhält, und es ist bei dem aktuellen Anlaß der Grund, weshalb er bestimmt hat, daß das von ihm gestiftete Denkmal nicht in der Hauptstadt Warschau errichtet wird, sondern in Posen, wo seine Partei besonders stark ist. Um das Erscheinen Paderewskis bei der Denkmalsweihe hat hinter den Kulissen ein leiser, aber heftiger Kampf getobt. Die Nationaldemokratische Partei wollte sein Erscheinen zu einer besonderen Demonstration gegen die Regierung benutzen, auf der anderen Seite haben Vertreter der Regierungskoalition sich bemüht, auf Paderewski einzuwirken, daß er nach Warschau kommen und sich hier um einen Ausgleich zwischen der Regierung und der Nationaldemokratischen Opposition bemühen möge. Offenbar hat Paderewski aus dem Lager seiner Freunde Bescheid darüber bekommen, daß angesichts der zunehmenden Verschärfung des diktatorischen Regierungskurses an eine solche Versöhnung nicht zu denken sei, und da er an einer Zuspitzung der Gegensätze mit Hilfe seiner Person wohl kein Interesse hat, hat er es vorgezogen, sich zurückzuhalten, zumal er einen so guten Grund für sein Fernbleiben geltend machen konnte.

Zwischenfall im Rundfunk.

Kommunisten schalten sich gewaltsam ein.

Aus Rundfunkhörerkreisen wird berichtet, daß während einer Tanzmusikübertragung des Westdeutschen Rundfunks plötzlich eine Stimme mit den Worten sich einschaltete: „Achtung, Achtung hier ist der Sender der kommunistischen rheinischen Presse. Wir senden, ob verboten oder nicht, trotz Notverordnung . . ."

Hierzu wird von dem Westdeutschen Rundfunk mitgeteilt: Um 22.55 Uhr bemerkten die Beamten des Senders Langenberg Knackgeräusche in der Sendung und stellten fest, daß ihre Dienstgespräche mit über den Sender gingen. Es mußte demnach an einer Stelle eine Leitungsberührung mit der Uebertragungsleitung stattgefunden haben. Um 23 Uhr wurde die aus Köln kommende Tanzmusik des Senders Langenberg von einer kurzen Werberede für die kommunistische Partei überlagert. Schon nach einer halben Minute schalteten die Senderbeamten geistesgegenwärtig den Sender Langenberg ab und gaben die Kölner Tanzmusik nach etwa 5 Minuten über eine Ersatzleitung wieder auf den Sender. Es handelt sich demnach um eine gewaltsame Einschaltung in eine Uebertragungsleitung von unbefugter Seite. Die Untersuchung dieses Falles liegt in den Händen der Oberpostdirektion Düsseldorf.

Skagerrak-Gedenkfeier der Reichsmarine.

Boote der zweiten Torpedobootshalbflottille der Reichsmarine liefen auf der Rückkehr von der Sommerausbildungsreise die schwedische Schären-Insel Stensholm, die nördlich von Göteborg im Skagerrak liegt, an, um dem dort befindlichen Frieghof der Skagerrak-Gefallenen einen Besuch abzustatten. Eine Abordnung legte an den Gräbern der Gefallenen, die 1916 nach der Skagerrak-Schlacht an dieser Insel angespült und von schwedischen Fischern begraben worden waren, einen Kranz nieder und hielt eine schlichte Gedächtnisfeier ab.

Frankreich macht Versprechungen.

Eine Abordnung der saarländischen Bergarbeitergewerkschaft, der auch Reichstagsabgeordneter Kuhnen angehörte, wurde in Paris vorstellig, um den französischen Regierungsstellen über die gewaltige Not unter den Bergleuten des Saargebiets zu berichten und Hilfsmaßnahmen zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310704-11/fragment/page=0001

erbitten. Die Delegation, die von Unterstaatssekretär Poncet empfangen wurde, schilderte die durch Lohnabbau und Feierschichten verursachte Not der Saarbergleute und forderte Hilfsmaßnahmen der französischen Regierung, vor allem einen gesteigerten Absatz der Saarkohle nach Frankreich. Der Staatssekretär erwiderte, „erst durch diese Schilderung habe er ein klares Bild von der Lage an der Saar gewonnen". Die französische Regierung sei sich ihrer Verpflichtung zur Hilfeleistung bewußt. Durch Ermäßigung der Frachten plane sie, einen erhöhten Bezug von Saarkohle herbeizuführen. Eine spürbare Besserung sei schon im August zu erwarten. Wegen einer Vergütung der Feierschichten sollten sich die Organisationen mit der Grubenverwaltung ins Benehmen setzen.

Deutsche Tagesschau.

Das Stresemann-Ehrenmal.

Am Sonntag, den 5. Juli, 11.45 Uhr vormittags findet in Mainz die Einweihung des Stresemann-Ehrenmals statt. Der Bau trägt an der Vorderseite die Inschrift: Dem Andenken Gustav Stresemanns". Rechts und links: „Der Freiheit der Rheinlande". Die Westseite des Baues trägt die Inschrift: „Der Größe des deutschen Vaterlandes. Errichtet von dem dankbaren deutschen Volke 1930—31.". Die Weiherede bei der Feier am Sonntag hält der Führer der DVP., Reichstagsabgeordneter Dingeldey. Reichsminister Dr. Curtius, der den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und den Völkerbund vertritt, wird ebenfalls das Wort ergreifen. Am Vorabend findet eine Kundgebung statt, die vom Denkmalsausschuß veranstaltet wird.

Zwischenfall im bayrischen Landtag.

Im bayrischen Landtag versuchten etwa siebzig uniformierte Nationalsozialisten der Hitlerschen Führerschule, Zutritt zu den Landtagstribünen zu erhalten, da im Landtag der Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung des Uniformverbotes auf der Tagesordnung stand. Es wurde ihnen bedeutet, daß der Einlaß von uniformierten Nationalsozialisten nicht gestattet werden könne, worauf die Besucher abzogen. Der nationalsozialistische Uniformantrag wurde später vom Landtag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Auslands-Rundschau.

Die tote Grenze.

Bei der litauischen Regierung bestand die Absicht, den Verkehr über die Verwaltungslinie mit Polen für solche Personen aus dem Wilnagebiet zu gestatten, die ihre Angehörigen in Litauen besuchen wollten. Nunmehr ist aber die litauische Regierung zu der Auffassung gelangt, daß ein unmittelbarer Verkehr über die litauisch-polnische Grenze nicht angängig sei; jedoch soll der Verkehr für diejenigen Personen, die hier in Frage kommen, über Lettland künftig freigegeben werden.

Um die Enteignung der Rigaer Domkirche.

Der Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Rigaer Domkirche ist vom lettländischen Parlament dem öffentlich-rechtlichen Ausschuß überwiesen worden. Der Ausschuß wird über das Gesetz am 8. Juli beschließen. Man nimmt daher an, daß die entscheidende Abstimmung über die Enteignung des Domes in der Vollversammlung des Parlaments am 14. Juli erfolgen wird.

Litwinow besucht im Herbst die Türkei.

Der Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, wird sich voraussichtlich am 6. September von Moskau in Begleitung mehrerer Mitarbeiter des Außenkommissariats nach Ankara begeben, um der türkischen Regierung einen Besuch abzustatten. Litwinow wird die Reise auf einem russischen Kriegsschiff antreten. Der Besuch soll ein neuer Beweis für die bestehende sowjetrussisch-türkische Freundschaft sein.

Der neue japanische Heeres-Reformplan.

Der neue japanische Heeres-Reformplan ist von den Mitgliedern des japanischen Obersten Militärrats und den Führern der Armee erörtert worden. Der Militärrat hat ihn gebilligt, aber empfohlen, daß die Verlegung einer Division nach Korea so lange aufgeschoben werden soll, bis sich die Finanzlage gebessert hat. Die Presse bemängelt, daß der Plan nicht die notwendigen Bestimmungen für Bereitstellung der Gelder enthalte. Der Kriegsminister erklärte jedoch, daß er die Gelder für die Anschaffung von neuem Kriegsmaterial zur Verfügung stellen könne, ohne den Militärhaushalt zu überschreiten.

Kleine politische Meldungen.

Verschärfung des Uniformverbots in München. Die Münchener Polizeidirektion hat eine Anordnung erlassen, die das bestehende Uniformverbot verschärft. Zunächst wird das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen politischer Vereinigungen für Wach- und Ehrenposten aller Art verboten.

Französischer Militärattaché abberufen. Der stellvertretende Militärattaché von der französischen Botschaft in Berlin, de Mierry, der in den Königsberger Spionagefall verwickelt war, ist von der französischen Regierung offiziell von seinem Posten abberufen worden.

Aus der Umgegend

Nebra, den 4. Juli.

— **Missionsfest.** Es wird darauf hingewiesen, daß am kommenden Sonntag in unserem Nachbardorfe Großwangen ein Missionsfest stattfindet, wozu auch unsere Gemeinde herzlichst eingeladen ist. Der Festgottesdienst findet nachmittags 2.45 Uhr statt. Die Festpredigt hält Herr Pastor Lindemann aus Burgscheidungen. In der anschließenden Nachversammlung wird dann Herr Missionar Beisenherz sprechen, ebenso Herr Pastor Mendelson aus Carsdorf. Die jungen Mädchen werden durch Chorgesänge die Feier verschönen. Herr Missionar Beisenherz wird außerdem in Nebra im Hauptgottesdienst die Predigt halten, und auch am Montag abend in der Frauenmissionsnähstunde als Redner tätig sein. Auch dazu wird herzlichst eingeladen.

— **Das Mannschießen der Schützengilde** bildet alljährlich den Höhepunkt der festlichen Sommerveranstaltungen. Nicht nur bei uns, überall, in der Klein- wie in der Großstadt üben die Schützenfeste eine besondere Anziehungskraft aus, sie sind volkstümlich geworden und das wohl durch den in jedem Deutschen scheinbar unbewußt haftenden soldatischen Geist. Der Pulvergeruch weckt den Mut, die straffe Haltung, die exakte Marschmusik gefällt Jung und Alt. Da werden wieder während der Aus- und Einmärsche die Augen aller spähen nach der in strammem Schritt einhermarschierenden Gilde, und wenn die Büchsen auf dem Schießstande knallen, da horcht jeder auf und wünscht den Schützen ein „Gut Schuß!". Das Programm zum Feste ist im Anzeigenteil bekanntgegeben, wir möchten aber noch besonders darauf hinweisen, daß die Schützen am Montagvormittag wie immer ein einfaches Frühstück beim Schützenwirt veranstalten, an dem sie gern sehen, ihre werten Gönner und Freunde willkommen heißen zu dürfen. Daß während des ganzen Festes die Gastfreundschaft vorbildlich ist, dürfte zur Genüge bekannt sein.

— **Aus der Stadtverwaltung** Die Lokalberichte über die Verlegung der Haushaltungsschule in Nr. 74 und 76 des Nebraer Anzeigers veranlassen den Magistrat zu folgender Erklärung:

In den seit November v. Js. mit der Landwirtschaftskammer geführten mündlichen und schriftlichen Verhandlungen ist stets das große Interesse hervorgehoben worden, welches die Stadt seit dem Jahre 1926 — also während der Amtszeit des Bürgermeisters Stattmann — an der Erhaltung der Haushaltungsschule für Nebra gezeigt hat. Tatsächlich ist bereits ein wertvoller Bauplatz zur Errichtung eines Neubaues angeboten und die Beteiligung an der Finanzierung in Aussicht gestellt worden. Die Landwirtschaftskammer hat von diesen Angeboten keinen Gebrauch gemacht, sondern, wie sich jetzt zeigt, die Verlegung der Schule nach Naumburg trotz gegenteiliger Zusicherungen im Stillen weiter betrieben. Wenn in der Berichterstattung der Landwirtschaftskammer an den Herrn Landwirtschaftsminister behauptet wird, die Stadt hätte so gut wie nichts für eine bessere Unterbringung der Schule getan, so entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen. An Hand der Akten läßt sich beweisen, daß die Stadt sowohl während der Amtszeit des Bürgermeisters Stattmann, ebenso wie jetzt, die größten Anstrengungen gemacht hat, um die Schule der Stadt zu erhalten.

Grünberg. Hensel. Franke.

— **Gerichtsferien ab 15. Juli.** Die Gerichtsferien dauern in diesem Jahre, wie stets, wiederum vom 15. Juli bis 15. September 1931. In dieser Zeit werden nur bestimmte, genau bezeichnete Prozeßverfahren weitergeführt, insbesondere Arrestsachen und einstweilige Verfügungen, Mietsstreitigkeiten wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung von Wohnungen, sowie wegen Zurückhaltung, Arbeitsgerichtssachen, Wechselsachen, Bausachen über die Fortsetzung eines angefangenen Baues. Will man andere Prozesse in den Ferien weitergeführt haben, so muß man beantragen, die Sache zur Feriensache zu erklären. Man achte rechtzeitig darauf! Vor den Amtsgerichten wird solchen Anträgen ohne weiteres stattgegeben, doch wird der Beschluß wieder aufgehoben, wenn in der mündlichen Verhandlung widersprechende Anträge gestellt werden, es sei denn, daß man die Notwendigkeit besonderer Beschleunigung darzutun vermag. Vor den Landgerichten und höheren Gerichten werden auf Antrag nur solche Sachen zu Ferien-sachen erklärt, die einer besonderen Beschleunigung bedürfen.

— **Bleibt eurem Heimatblatt treu!** Aufruf des Evangelisch-Sozialen Preßverbandes für die Provinz Sachsen. Der Evangelisch-Soziale Preßverband für die Provinz Sachsen erläßt von einer Vorstandssitzung in der Lutherstadt Wittenberg, wo er sich mit Pressefragen ausführlich beschäftigt hat, folgenden Aufruf an die evangelischen Zeitungsleser der Provinz Sachsen: „Es ist Notzeit in deutschen Landen. Wir fühlen das grade auch in der Provinz Sachsen Tag für Tag stärker. Gewiß müssen wir uns einschränken, aber das darf nicht der Anlaß werden, bei den Kulturgütern radikal abzubauen. Wir glauben, daß das Heimatblatt ein wertvolles Bildungsmittel für die evangelische Familie ist und bitten, gerade dem Heimatblatt die Treue zu halten. Glaube und Heimat gehören zusammen. Von den tiefsten Kräften der Heimat aus werden wir die Nöte der Gegenwart für eine bessere Zukunft überwinden. — Deine Heimatzeitung, der „Nebraer Anzeiger", unterrichtet dich auf allen Gebieten und ist das geistige Band, das die Heimatbevölkerung miteinander verbindet. Willst du über alles Wissenswerte aus der Heimat unterrichtet werden, so lies deine Heimatzeitung und hilf sie weiter verbreiten. Halte ihr die Treue auch in den Sommermonaten, denn ohne Heimatzeitung fehlt dir ein Stück Heimat.

— **Der neue Generalsuperintendent.** Als Nachfolger des am 1. Juni in den Ruhestand getretenen Prof. D. Schöttler ist Pf. Karl Lohmann, der bisherige Superintendent des Kirchenkreises Essen, zum Generalsuperintendenten der Südostsprengels der Kirchenprovinz Sachsen ernannt worden. Sup. Lohmann, der jetzt im 53. Lebensjahre steht, stammt aus Westfalen, wo er u. a. das evangelische Gymnasium in Gütersloh besuchte und seine beiden theologischen Prüfungen ablegte. Seit 1917 wirkt er in Essen, wo sich ihm Gelegenheit bot, alle Nöte der Großstadt- und Industriebevölkerung, zumal der Arbeiterschaft, und alle Aufgaben des Pfarramtes einer Großstadtgemeinde kennen zu lernen. Seit 1928 steht Sup. Lohmann an der Spitze des großen Essener Kirchenkreises mit seinen 15 Gemeinden, 56 Gemeindepfarrern und 250 000 Seelen.

— **Pflichten des Betriebsrates.** Ein Arbeitnehmer verletzt die ihm als Mitglied des Betriebsrates und des Arbeiterrats obliegenden Pflichten (nämlich die Pflicht, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren), wenn er in der Nähe des Eingangs zum Werk unter die um diese Zeit (vor Arbeitsbeginn) zahlreich dem Werk zuströmenden Leute des eigenen Betriebes ein Flugblatt verteilt, das zum politischen Massenstreik und zur Stillegung der Betriebe auffordert. Diese Tätigkeit geht über die nach Art. 118 Reichsverfassung gewährleistete freie Meinungsäußerung hinaus und rechtfertigt es, die Mitgliedschaft des Täters in der gesetzlichen Betriebsvertretung für erloschen zu erklären. (ARbG.)

— **Fleischverkauf aus Hausschlachtungen.** Notschlachtungen und der daraus oft notwendige Verkauf von Fleisch unmittelbar aus dem landwirtschaftlichen Betrieb heraus, haben viele Landwirte im Hinblick auf die niedrigen Viehpreise und die verhältnismäßig hohen Fleischpreise dazu bewogen, mehr als früher Fleisch aus Hausschlachtungen unmittelbar an den Kunden abzusetzen. Der Landtag hat hierzu folgende Entschließung angenommen: Das Staatsministerium wird ersucht, die nachgeordneten Stellen dahingehend zu unterrichten, daß den Landwirten und Landarbeitern der Verkauf von Fleisch aus Hausschlachtungen selbstgemästeter Tiere gestattet ist, und daß Bestrafungen nur dann zu erfolgen haben, wenn klar und einwandfrei der Charakter der gewerbemäßigen Schlachtung besteht.

— **Tagung der Provinzialsynode.** Wie der Evangelisch-Soziale Preßverband für die Provinz Sachsen erfährt, tritt die Sächsische Provinzialsynode am 23. September nach vorausgegangenen Gruppenbesprechungen zu ihrer nächsten ordentlichen Tagung zusammen. Die Dauer der Verhandlungen ist auf etwa 10 Tage berechnet.

— **Wo bleibt unser Geld?** Bei der sächsischen Landesversicherung wurde ein Neubau errichtet, der erst 300 000 Mark kosten sollte, schließlich aber 3,6 Millionen (!) erforderte. Kein Kunststück, wenn man erfährt, daß allein für die Dienstwohnung des Präsidenten 64 000 RM. aufgewendet wurden, davon z. B. für eine Wascheinrichtung 44 000 und für einen Kühlschrank 3000 RM. — Diese Reihe kann beliebig fortgesetzt werden.

— **Sechs Streichhölzer sind frei!** Wer einmal in einem Wirtshaus sitzt und keine Streichhölzer mehr hat, der darf aus dem Rauchgeschirr des Wirtes ein paar Streichhölzer in seine Schachtel tun. Er zähle sie aber recht genau. Bis 6 Hölzchen ist die Sache harmlos, vom siebenten an liegt Diebstahl vor! So ist durch das Reichsgericht entschieden.

— **Bekämpfung der Kleidermotte.** In den warmen Nächten findet das Schwärmen der Kleider- und Pelzmotte statt. Die Weibchen dieses gelblichgrauen Kleinschmetterlings legen auf tierische Wollstoffe, Seide und Pelze bis zu 6 Stück winzige, weiße Eilein, aus denen nach zwei bis drei Wochen gefräßige Räupchen, sog. Minierraupen, ausschlüpfen. Diese fressen in Pelze-, Seiden- und Wollkleider verderbliche Gänge und durchlöchern die Gewebe. Dadurch fallen an Pelzen die Haare aus, Seiden- und Wollstoffe werden brüchig. Sie werden durch Wegfangen und mit Mottenmitteln bekämpft. Auch tüchtiges, oftmaliges Ausklopfen von Teppichen, Läufern, Sofabezügen, Wollkissen und ähnliches hilft gegen diese Plage. Kleider in Kästen, auch Seidenkleider, sollten öfters nachgesehen werden. Mottenmittel sind Kampfer- und Naphtalinkugeln oder -tabletten. Wirksamer noch ist Dichlorbenzol und Globol, weil sie die Gewebe für Mottenwürmer ungenießbar machen. Auch eine Imprägnation mit Eulan ist mottentötend

— **Das Pferd im Sommer.** Pferde, die warten müssen, stelle man immer an einen schattigen Ort. Zum Schutze vor den quälenden Insekten reibe man die Pferde mit Bremsenöl ein. Die Pferde sollen mit Ohrenklappen und Netzen versehen sein, damit nicht durch Insektenstiche Schaden erwachse. Auch soll man den Pferden den Schweif nicht stutzen, der Schweif ist das natürliche Mittel zur Abwehr der Insekten. Kommen die Pferde nach einer größeren Fahrt zum Ausruhen, so wasche man ihnen Augen und Nüstern mit einem mit reinem Wasser befeuchteten sauberen Schwamm.

Mücheln. In der letzten Stadtverordnetenversammlung mußte erneut die Bürgermeisterwahl vorgenommen werden, da der Regierungspräsident den zum Bürgermeister von Mücheln gewählten früheren Gemeindevorsteher (Kom.) in Diesau Steinmetz nicht bestätigt hatte. Derselbe wurde nun wieder gewählt, und zwar mit zehn gegen acht Stimmen.

Weißenfels. Der Provinzialverband der Provinz Sachsen im Deutschen Gastwirtsverband hält in der Zeit vom 7. bis 9. Juli in Weißenfels seinen 30. Verbandstag ab. Zu der Tagung wird u. a. auch der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Reichstagsabgeordneter Köster, Berlin, in Weißenfels erwartet.

Bad Frankenhausen. Im Zusammenhang mit dem tödlichen Absturz des Studierenden und Flugzeugführers Wolfgang Stirl auf dem Kyffhäuser Flugplatz sind verschiedene Unrichtigkeiten veröffentlicht worden.

Wie vom Kyffhäuser Technikum Bad Frankenhausen mitgeteilt wird, war das Flugzeug neu überholt, mit neuem Motor versehen und amtlicherseits als lufttüchtig erklärt worden. Der abgestürzte Pilot war kein Flugschüler, sondern einer der erfahrendsten Flugzeugführer der Flugwissenschaftlichen Vereinigung der Lehranstalt, der den Doppeldecker freiwillig und nicht im Auftrag der Leitung des Technikums zur Probe flog. Zum Schluß wird noch festgestellt, daß ein Verschulden Dritter bei dem Flugunfall nicht vorlag, also auch nicht die Indienststellung einer veralteten Maschine, was übrigens durchaus nicht ungebräuchlich ist. Im Interesse der vollständigen Ausbildung des Flugnachwuchses betrachten Direktion des Kyffhäuser-Technikums und Flugwissenschaftliche Vereinigung es als ihre Aufgabe, ihren Piloten jede erdenkliche Gelegenheit zur Weiterbildung zu geben, was auch durch das Fliegen schwieriger Maschinen erreicht werden soll.

Weimar. Als in der Sitzung des Stadtrats am 12. Juni die Verwaltung mit Rücksicht auf die entstandene Lage im Etat mit einer Forderung auf Einführung der Getränkesteuer und Erhöhung der Bürgersteuer mit 100 Prozent herauskam, lehnte der gesamte Stadtrat einmütig die Vorlage ab. Man war sich von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten darüber klar, daß der Bürgerschaft nicht noch weitere Lasten zugemutet werden könnten. Die Staatsregierung ernannte den Oberbürgermeister Dr. Mueller zum Staatskommissar für Weimar, der bereits am 29. Juni ein Ortsstatut über Einführung der 10prozentigen Getränkesteuer erließ. Bevor er in seiner Eigenschaft als Staatsbeauftragter an eine weitere Erhöhung der Bürgersteuer herangeht, wird er entsprechend dem vom Ministerium erteilten Auftrag zunächst den Haushaltsplan einer eingehenden Prüfung unterziehen und im Benehmen mit dem Stadtrat weitere Einsparungen versuchen.

Erfurt. Der bei einer Erfurter Firma beschäftigt gewesene 15jährige Lehrling Hans Nöller ist nach Unterschlagung von etwa 500 Mark Geschäftsgeldern geflüchtet und wird von der Kriminalpolizei gesucht.

Erfurt. Mittwoch früh 7.50 Uhr entgleisten im Personenbahnhof Erfurt vier Güterwagen des aus Richtung Neudietendorf einfahrenden Güterzuges 6753. Ein Teil der ein- und ausfahrenden Personenzüge mußte deshalb über freie Bahnhofsgleise umgeleitet werden und erhielt hierdurch geringe Verspätungen. Mittag wurden die gesperrten Gleise wieder fahrbar gemacht. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden. Die Beschädigungen an Bahnanlagen und Betriebsmitteln sind nicht erheblich. Die Entgleisung ist auf Radschaden an einem ausländischen Güterwagen zurückzuführen.

Gotha, 3. Juli. In einer Versammlung hatte General a. D. von Ludendorff dem ehemaligen Großmeister der Großen Landesloge, Graf zu Dohna verwitzten Landesverrat vorgeworfen, weil er als Großmeister der Freimaurerloge von der geplanten Ermordung des österreichischen Thronfolgers und den drohenden Ausbruch des Weltkrieges Kenntnis gehabt habe. Graf Dohna hatte gegen Ludendorff die Beleidigungsklage angestrengt. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 500 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310704-11/fragment/page=0002

Aschersleben. Die beabsichtigte Stillegung der Kaliwerke Aschersleben hat den Magistrat veranlaßt, bei der Regierung vorstellig zu werden. Für den 9. Juli ist eine Aussprache im hiesigen Rathaus anberaumt, an der der Oberbergrat der Regierung, Mitglieder des Oberbergamtes Halle, der Magistrat und die Direktion der Kaliwerke teilnehmen werden.

Leipzig. Am 13. April d. J. wurde in ihrer Wohnung in Rötha die 50 Jahre alte Ehefrau des Malers J. erschossen aufgefunden. Es wurde damals angenommen, daß sie wegen fortgesetzter Ehezwistigkeiten ihrem Leben freiwillig ein Ende bereitet habe. Inzwischen sind Vermutungen laut geworden, daß der Ehemann einen Mord begangen habe. Die daraufhin angestellten kriminalpolizeilichen Ermittlungen führten am Sonnabend im Auftrag der

Leipzig. In den Abendstunden des Montag verteilten am Südplatz Mitglieder eines völkischen Turnvereins Werbezettel. In der Nähe des Volkshauses kam es dann später zwischen ihnen und Anhängern des Reichsbanners zu einer Schlägerei, an der sich auch Nationalsozialisten beteiligten. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei nahm sechs Verhaftungen vor.

In der Nacht zum Dienstag kam es gleichfalls zu einer schweren politischen Schlägerei zwischen fünf Nationalsozialisten und etwa 15 bis 20 politischen Gegnern an der Ecke Reichs- und Grimmaische Straße. Nach ihren Angaben sind die Nationalsozialisten plötzlich überfallen und geschlagen worden. Ein Nationalsozialist erhielt einen Messerstich in den Rücken und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Die anderen vier Überfallenen erlitten unbedeutende Verletzungen. Polizeibeamte suchten die nähere Umgebung des Tatortes ohne Erfolg nach den Tätern ab.

Am Dienstag morgen gegen 5.30 Uhr wurde im Connewitzer Holz ein der NSDAP. angehörender Arbeiter, der Stiefbruder eines SA.-Führers, der seinerzeit die Werbemannschaften der NSDAP. nach Eythra führte, von sechs Kommunisten überfallen und niedergeschlagen. Dann erhielt er mehrere Messerstiche. Ein Stich in den Leib, der tödlich sein konnte, wurde von einem Notizbuch aufgefangen, das durchstochen wurde. Die Täter verschwanden nach dem Überfall auf ihren Rädern.

Leipzig. In einem Bade im Norden der Stadt wurde ein 15jähriger Schüler von einer 5 Kilogramm schweren Eisenkugel, die von einem 19jährigen Schüler geschleudert wurde, schwer am Kopf getroffen. Dem Schüler wurde die rechte Schädelseite eingedrückt. In besinnungslosem Zustand wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Die Eisenkugel ist beim Schleudern aus der Wurfrichtung abgekommen und hat den seitlich zur Wurfbahn und mit dem Rücken zu dieser stehenden Verletzten, der trotz Zurufs anderer Personen nicht rechtzeitig ausweichen konnte, an der rechten Schläfe getroffen.

Leipzig. Von der Oberpostdirektion Leipzig wird mitgeteilt: In verschiedenen Zeitungsberichten wird in letzter Zeit die Ansicht vertreten, daß die im Entstehen begriffenen neuen Großsender Breslau, Leipzig und Frankfurt a. M. bereits Ende dieses Jahres fertiggestellt sein würden. Das entspricht nicht den bisherigen amtlichen Veröffentlichungen der Deutschen Reichspost und ist auch nach dem Stande der Bauarbeiten nicht möglich. Die genannten drei Großsender werden nicht vor Februar 1932 betriebsfertig sein. Für die weiter beschlossenen Großsender Berlin und Hamburg kann gegenwärtig ein Zeitpunkt noch nicht genannt werden, da noch verschiedene technische Fragen im Zusammenhang mit dem Ausbau des deutschen Rundfunknetzes geklärt werden müssen.

gustaf nagel wird „gefendet".

Arendsee (Altmark). gustaf nagel, der bekannte „Tempelwächter von Gottes Gnaden", war seinen staatsbürgerlichen Pflichten als Steuerzahler längere Zeit nicht nachgekommen. Die Behörde leitete daraufhin die Pfändung ein. Bei dem Temperament gustaf nagels ging das natürlich nicht gerade ruhig ab.

Ilmenau. Die Ilmenauer Motorspritze wurde Mittwoch früh 2.15 Uhr wieder nach Möhrenbach alarmiert, und zwar stand das Spritzenhaus der Gemeinde in hellen Flammen. Von dem Inventar konnte lediglich eine Spritze gerettet werden, während eine zweite **Spritze und das gesamte Feuerwehrmaterial ein Raub der Flammen** wurde. Außerdem verbrannten noch aufgestapelte Gemeindevorräte, wie Kohlen usw. Zum Glück waren im Ort an verschiedenen Stellen Schläuche angelegt, da sonst die Feuerwehr nicht einmal das nötige Schlauchmaterial zur Hilfeleistung verfügbar gehabt hätte. Es gelang ihr denn auch, die anliegenden Gebäude, die bereits Feuer gefangen hatten, zu retten. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. Landrat Pabst (Arnstadt) war

Direkter Zugverkehr Merseburg—Leipzig

Zöschen. Am Mittwoch wurde die als vollpurige Nebenbahn erbaute Reichsbahnstrecke an Zöschen nach Leipzig-Leutzsch für den öffentlichen Personen-, Gepäck-, Expreß und sonstigen Verkehr in Betrieb genommen.

Der Gedanke, eine unmittelbare Eisenbahnverbindung zwischen Leipzig und Merseburg herzustellen, bestand schon in den 90er Jahren. Um 1900 schwebten bereits deshalb Verhandlungen zwischen den Regierungen von Preußen und Sachsen. Erst im Jahre 1909, als durch Bohrungen größere Braunkohlenvorkommen in der Elster- und Luppeaue festgestellt waren, trat man dem Plan ernstlich näher; man beschränkte den Entwurf zunächst jedoch auf die Teilstrecke Merseburg—Zöschen, die am 1. Juni 1928 dem Betriebe übergeben wurde.

Nach Fertigstellung dieser Teilstrecke setzten verstärkte Wünsche nach Verlängerung der Strecke bis Leipzig ein. Im April 1930 konnte mit dem Bau begonnen werden.

Die Bahn hat eine Betriebslänge von 15.31 Kilometer, davon liegen in Preußen 6,53 Kilometer, in Sachsen 8,78 Kilometer. Die stärkste Neigung beträgt 1:200. Die Bahn schließt im Bahnhof Zöschen an die Nebenbahnstrecke Merseburg—Zöschen, im Bahnhof Leipzig—Leutzsch an die Hauptbahnstrecke Leipzig—Corbetha an. An der neuen Strecke befinden sich der Bahnhof 4. Kl. Dölzig für Personen- und Güterverkehr und die unbesetzten Haltepunkte Köhschlitz und Gundorf—Burghausen nur für Personenverkehr. Einige allerneueste technische Neuerungen haben bei dem Bau der neuen Strecke Anwendung gefunden. So schaltet sich beim Einfahren der Züge die Bahnhofsbeleuchtung automatisch ein, beim Ausfahren wieder aus.

Die neue Bahn wird in erster Linie dem Personenverkehr dienen. Sie schafft eine unmittelbare Verbindung zwischen Leipzig und Merseburg. Der bisherige Reiseweg zwischen diesen beiden Städten über Corbetha (43 Kilometer) und über Halle (51 Kilometer) wird auf 35 Kilometer verkürzt.

Von den Kosten übernahmen der Provinzialverband Sachsen, der Kreis Merseburg, die Stadt Merseburg, der Zweckverband Leuna und das Ammoniakwerk Merseburg zusammen 1 100 000 Mark, das Land Sachsen, die Stadt Leipzig und der Bezirksverband Leipzig zusammen ebenfalls 1 100 000 Mark.

Neues aus aller Welt.

Ein kommunistischer Stadtverordneter nach Unterschlagungen geflüchtet. In der Sitzung der Kieler städtischen Kollegien fehlte der kommunistische Stadtverordnete Schultz, der im Privatleben Geldverheber bei den städtischen Licht- und Wasserwerken ist. Wie sich jetzt herausstellt, ist Schultz spurlos verschwunden. In einem Schreiben hat er sich selbst bezichtigt, Unterschlagungen begangen zu haben. Man spricht von einer Summe von 2000 Mark. Bei den Abrechnungen der Werke liegt jedoch keine Unstimmigkeit vor.

Mordprozeß gegen den Sexualmörder Künne. Vor dem Schwurgericht Verden, das in Wesermünde tagt, begann der Prozeß gegen den Maurer Künne aus Wesermünde wegen Mordes an der 7jährigen Ingeborg Bopp aus Bremerhaven. Es sind insgesamt 107 Zeugen geladen. Der Andrang von Presse und Publikum ist groß, doch wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Lediglich die Pressevertreter sind zugelassen. Der Angeklagte bestreitet, die Tat begangen zu haben.

Raubüberfall in einer Postagentur. In der Postagentur Ernsthofen im Kreise Sieburg wurde ein Raubüberfall ausgeführt. Dort verwaltete im Gasthof zur Post der Wirt Philipp Axt die Postagentur. Axt war auswärts, währenddessen versah seine Frau die Geschäfte. Um 23 Uhr, als alle Gäste schon die Wirtschaft verlassen hatten, klopfte es ans Fenster, und ein Unbekannter verlangte Einlaß und wünschte ein Glas Bier. Die Frau öffnete die schon verschlossenen Türen und führte den Fremden in das Gastzimmer. Von hier aus ging sie in das nebenan liegende Postzimmer und ordnete die letzten Eingänge. Plötzlich stand der Fremde neben ihr und bedrohte sie mit einem Revolver, worauf er den Schrank öffnete und etwa 800 Mark raubte. Der Täter, ein etwa 25 Jahre alter Mann, entkam dann im Dunkel der Nacht.

Mordanschlag. Im Büro der Schlafwagengesellschaft in Wien wurde ein Mordanschlag verübt. Der Wagenwärter Kresa war in das Personalbüro vorgeladen worden, um sich wegen einer Anzeige zu verantworten, die ein Kontrolleur wegen ungebührlichen Benehmens gegen ihn erstattet hatte. Nach kurzem Wortwechsel gab Kresa auf den Vorstand des Personalbüros Walter einen Revolverschuß ab und brachte ihm eine lebensgefährliche Verletzung bei. Dan drückte der Attentäter die Waffe zweimal gegen seinen Kopf ab und verletzte sich schwer. — Ein zweiter glücklicherweise erfolgloser Attentatsversuch wurde in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Orenstein verübt. Ein Altersrentner der Gemeinde Wien, gegen den der genannte Anwalt in einem Kündigungsprozeß die Gemeinde vertreten hatte, erschien in der Kanzlei. Während er auf den Anwalt wartete, gab er plötzlich aus einem Revolver drei Schüsse ab, die aber sämtlich in die Luft gingen. Er stellte sich dann selbst der Polizei.

Der Kommandant des „Poseidon" bestraft. Der Kommandant des englischen Unterseebootes „Poseidon", das in der Nähe von Weihaiwei infolge Zusammenstoßes mit einem chinesischen Dampfer unterging, wobei 20 Menschen ihr Leben verloren, wurde von einem Kriegsgericht in London zur Entlassung von Bord und mit einem strengen Verweis bestraft. Dies bedeutet, daß seine militärische Laufbahn voraussichtlich zu Ende ist. Das Gericht entschied, daß er durch seine Schiffsführung das Unterseeboot leichtfertigerweise aufs Spiel gesetzt habe. — Auf dem britischen Kanonenboot „Folkestone", das sich zurzeit im Persischen Golf befindet, ereignete sich eine schwere Kessel-Explosion, bei der sieben Mann der Besatzung teilweise schwer verletzt wurden. Die Verletzten haben meistens erhebliche Brandwunden davongetragen, doch hofft man, alle am Leben erhalten zu können

Fünf Tote durch Flugzeugabsturz. In Hamilton im Staate Ontario stürzte ein Flugzeug ab. Fünf Personen wurden getötet.

Kürten hingerichtet.

Das Todesurteil in Köln vollstreckt.

Köln, 3. Juli

Im Staatlichen Gefängnis Klingelpütz in Köln wurde um 6 Uhr früh das Todesurteil an Kürten vollstreckt. Bei der Hinrichtung waren anwesend der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt, der Verteidiger Kürtens, die Beschlußstrafkammer, um über Einwendungen sofort entscheiden zu können, ferner der Strafsenat des Oberlandesgerichts, um über Beschwerden gegen Beschlüsse der Strafkammer entscheiden zu können. Auch Ministerialrat Dr. Weddigen vom Justizministerium und der Präsident des Strafvollzugsamts sowie einige Wissenschaftler waren anwesend.

Kürten hat seine letzte Nacht zusammen mit drei Geistlichen, darunter seinem Beichtvater, einem Franziskanerpater aus Düsseldorf, in voller Ruhe verbracht. Er hatte als Vergünstigung sich die Erlaubnis erbeten, Briefe schreiben zu dürfen. Er hat dann in der Nacht an alle Angehörigen seiner Opfer Briefe geschrieben, in denen er mitteilt, daß er seine Taten bereue und die Angehörigen um Vergebung bitte. Am Morgen vor der Vollstreckung des Urteils hat Kürten gebeichtet und kommuniziert. Vor der Hinrichtung, die mit einer aus der Franzosenzeit stammenden Guillotine von dem Magdeburger Scharfrichter Gödecke vollzogen wurde, fragte der Oberstaatsanwalt: „Peter Kürten, haben Sie noch einen Wunsch?" Kürten erwiderte gefaßt und ruhig: „Nein!" Kurz nach 6 Uhr war das Urteil vollstreckt.

Die amerikanischen Weltflieger am Ziel.

In acht Tagen 15 Stunden 51 Minuten um die Welt.

Neuyork, 3. Juli

Die beiden Weltflieger Post und Gatty sind um 1.46 Uhr MEZ. auf dem Roosevelffield glatt gelandet und haben damit ihren Weltrundflug in acht Tagen 15 Stunden 51 Minuten zurückgelegt.

Ohrenbetäubender Jubel ertönte, als das weißschimmernde Flugzeug „Winnie Mac" über dem Roosevelffield erschien. Die nach Zehntausenden zählende Menge durchbrach den dichten Polizeikordon und umringte die Flieger, die buchstäblich aus den Menschenmassen herausgehauen werden mußten. Die beiden Flieger fuhren sofort nach Neuyork, da sie völlig erschöpft waren. Während ihres ganzen Fluges hatten sie nur 15 Stunden geschlafen. Zu Ehren der Flieger findet die übliche Broadway-Parade zum Rathaus statt, wo Bürgermeister Walker die erfolgreichen Flieger beglückwünschen wird

Zwei Deutsche im Wimbledon-Finale.

London, 3. Juli. Für das Endspiel um die englischen Tennismeisterschaften, die als inoffizielle Weltmeisterschaften gelten, haben sich die beiden deutschen Damen Cilly Außem und Hilde Krahwinkel qualifiziert. Es ist das erstemal in der Geschichte der englischen Meisterschaften, daß eine Deutsche als Siegerin aus dem Wimbledon-Turnier hervorgeht. Frl. Außem besiegte im letzten Spiel die französische Meisterin Mathieu glatt in zwei Sätzen, während es Frl. Krahwinkel schwer hatte, die Amerikanerin Helen Jacobs 10:8, 0:6, 6:4 niederzuringen.

Schmeling oder Stribling?

Zum Boxweltmeisterschaftskampf am 3. Juli.

:: Seit jenem wenig überzeugenden boxsportlichen Ereignis, da Max Schmeling die Weltmeisterschaft durch Tiefschlag im Kampfe mit Sharkey gewann, ist über ein Jahr vergangen, ohne daß man von weiteren Leistungen unseres Landsmannes gehört hat. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß Schmeling während dieser Zeit größere Reisen machte und viel, viel Sport trieb, wo man doch eigentlich erwartet hätte, er würde darauf drängen, der Titel in einem anderen Treffen gegen Sharkey, der auf Revanche „lauerte", zu verteidigen und so alle seine Verleumder zum Verstummen zu bringen. Erst als die Internationale Boxsportbehörde die Meisterschaft neu ausschrieb, nahm Schmeling das Boxtraining wieder intensiver auf, um den Kampf, der ihn mit Stribling zusammenführt, in Ehren zu bestehen.

Er will, wie er selbst am Mikrophon sagte, beweisen, daß er zu Recht den Titel getragen hat und hofft, daß der Bessere gewinnt. Am 3. Juli ist ihm in Cleveland Gelegenheit gegeben, seinen Worten die Tat folgen zu lassen. Ob es ihm gelingen wird? — Die „Leute vom Fach" erwarten nicht viel von seinem Können. Carpentier und Tunney, und mit ihnen der größte Teil der Boxsportgemeinde

sehen in Stribling den neuen Weltmeister.

Zwar zeigte Schmeling sich bei seinen Schaukämpfen in Höchstform, machte körperlich einen guten Eindruck, aber die boxerische Technik ließ viel zu wünschen übrig, besonders wurde sein ungedecktes Kämpfen bemängelt.

Leistet sich Schmeling diese „Offenheit" auch beim entscheidenden Kampf, dürfte es Stribling nicht schwer haben, einige wirkungsvolle Schläge anzubringen, die unter Umständen sogar einen schweren Mann zu Fall bringen können. Stribling, der seinen Gegner im wahrsten Sinne des Wortes studiert hat, wird als gelernter Boxer — seine Eltern haben ihn gewissermaßen von der Wiege an auf seinen Beruf vorbereitet — diese Schwäche auszunutzen verstehen und sich so von Anfang an einen Punktvorsprung sichern.

Hoffentlich kommt es bei dem Punktezählen nicht zu Streitigkeiten unter den Punktrichtern, deren Auswahl noch nicht getroffen ist. Die Leitung des Kampfes ist bereits dem als objektiven Leiter bestens bekannten Kalifornier George Blake übertragen worden. Geben auch die beiden Boxer ihr Bestes und versuchen sie nicht, durch unsportliche Tricks die „Krone" zu erobern, wären alle Voraussetzungen für einen einwandfreien Kampf und Garantien dafür gegeben, daß wirklich der Bessere gewinnt. Hoffen wir, daß es der Deutsche ist. E. N.

* **Eine wirklich böse Schwiegermutter.** Die Klagen über die Schwiegermütter verstummen. Diese haben sich gebessert. Aber in Ländern, wo die Dinge noch beim alten sind, wie in Indien, gibt es noch ganz bitterböse Schwiegermütter, die alles zu sagen haben, während die Schwiegertochter gar nichts zu sagen hat. Kam da einmal ein Bettler in ein indisches Haus, um eine kleine Gabe bittend. „Ich habe nichts im Hause, was ich dir geben könnte", sagte die Schwiegertochter, und der Bettler stieg die Treppen hinab und trat kopfschüttelnd auf die Straße. Da kam die heimkehrende Schwiegermutter auf ihn zu und fragte, warum er den Kopf schüttle. „So, also die Schwiegertochter hat dich abgewiesen, das ist die Höhe! Komm nur," sagte sie. Der Bettler folgte schmunzelnd der Schwiegermutter die Treppen hinauf, bis sie zur Schwiegertochter kamen. „Diese hat dich abgewiesen?" sagte die Schwiegermutter; „die hat gar nichts zu sagen im Haus. Ich sage dir: Wir haben nichts für dich übrig. Ich weise dich ab!" So, jetzt kannst du gehen . . ."

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Die vergangenen Tage bescherten uns überwiegend schönes Wetter, da das Azorenhoch sich immer wieder bis auf das Festland ausdehnte. Seit Mittwoch hat das Hoch jedoch seine Herrschaft über unser Gebiet an die Tiefdruckrinne, die im hohen Norden ununterbrochen nach Osten wandert, abgegeben. Ein besonders kräftiger Wirbel liegt heute über Schottland. Er entwickelte am Mittwoch ein Teiltief über Mitteleuropa, das vom Mittwoch zum Donnerstag vielfach Gewitter auslöste. Bei schwülem Wetter wird heute (Freitag) erneut Gewitterbildung eintreten und am Ende der Woche unbeständiges Westwetter überleiten.

Extra-Beilage. Der heutigen Nummer des „Nebraer Anzeiger" liegt ein Propaganda-Prospekt über die weltberühmten **Mey-Kragen** bei, die in Nebra bei der Firma **Friedrich Krey (Inh.: Emil Krey)** erhältlich sind. Gerade jetzt im Sommer bieten die Mey-Kragen eine außerordentliche Bequemlichkeit; wer einmal den Versuch damit gemacht hat, will sie nicht wieder missen.

Kirchliche Nachrichten

5. Sonntag nach Trinitatis, den 5. Juli 1931.

Sonntagsspruch: Die Güte des Herrn ist's, daß wir nicht gar aus sind; Seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende, sondern sie ist alle Morgen neu, und Deine Treue ist groß. (Klagelieder 3, 22 und 23.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt: Missionar Beisenherz, Neudietendorf.)
Kollekte für die „Rheinische" Mission.

1/4 **12** Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.

1/2 **12** Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Montag, abends 1/9 Uhr: Frauenmissionsnähstunde im Gemeindesaal. (Missionar Beisenherz.)

Mittwoch, abends 1/9 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends 1/9 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Beerdigt wurde am 27. Juni die Hausangestellte Lilly Stahr im Alter von 20 Jahren und am 30. Juni der Arbeiter Hermann Jügen im Alter von 64 Jahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310704-11/fragment/page=0003

Das Werk der Nächstenliebe

Noch 480 erholungsbedürftige Kinder vom Walde müssen untergebracht werden.

Die in der thüringischen und auswärtigen Presse verbreiteten erschütternden Mitteilungen über die wirtschaftliche Notlage breitester Bevölkerungskreise auf dem Thüringer Walde beginnen sich bereits segensreich auszuwirken. Die Werbeaktion der Presse hat dazu geführt, daß neben zahlreichen Sammlungen an Geldern, Lebensmitteln und Kleidungsstücken in ganz Thüringen nun auch den elenden und unterernährten Kindern vom Walde ungentgeltliche Aufnahme in zahlreichen hilfsbereiten thüringischen Familien zuteil werden kann. Allein in Jena haben sich bisher 152 Familien bereit erklärt, Kinder für eine Zeit von vier Wochen zu sich zu nehmen. In Erfurt wurden am Hauptbahnhof 24 Kinder aus Fehrenbach von dem Kleingartenverein „Daheim" festlich in Empfang genommen und unter klingendem Spiel zu einer reich gedeckten Kaffeetafel geführt. Sie werden in Erfurt einen dreiwöchigen Erholungsaufenthalt genießen.

Die bewiesene Hilfsbereitschaft hat freudigen Widerhall und dankbare Herzen in den Gemeinden Heubach, Schnett und Fehrenbach gefunden. In diesen ausgesprochenen Elendsbezirken sind aber immer noch 480 Kinder, die sehnsüchtigen Herzens auf die Möglichkeit einer Ferienerholung hoffen.

Die Mitteldeutschen Handwerkskammern in Halle.

Halle. Die im Mitteldeutschen Kammertag vereinigten Handwerkskammern Magdeburg, Dessau, Erfurt, Gera, Meiningen und Weimar traten kürzlich zu einer Tagung in Halle zusammen. In mehrstündiger Verhandlung wurden Beschlüsse gefaßt über die Eintragung von Zeitungsdruckereien in die Handwerksrolle, Herabsetzung der pfändungsfreien Lohngrenze, Selbständigmachung Minderjähriger. Zur Vorbereitung einer einheitlichen Stellungnahme des Mitteldeutschen Kammertages zu den vorliegenden Lehrlingsordnungen für das Bäckerhandwerk sowie für das Herren- und Damenschneiderhandwerk wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. Gegenstand weiterer Aussprache waren Vorlagen über Lehrlingshaltung im Friseurhandwerk, die Festsetzung einheitlicher Lehrlingsentschädigungen für Mitteldeutschland. Über die Verhandlungen mit den Landesfinanzämtern bezüglich der Einheitsbewertung 1931 für Grundvermögen wurde von der Handwerkskammer Magdeburg ein eingehender Bericht erstattet.

Vermischtes.

○ **„Ich dachte, meine Frau sei gestorben".** In Paris stand vor kurzem eine Gerichtsverhandlung gegen einen gewissen Albert Renou an, der beschuldigt wurde, eine Doppelehe eingegangen zu sein. Als 27jähriger war er nach Amerika ausgewandert und hatte sich drüben zum ersten Male verheiratet. Er blieb dort bis zum Jahre 1915, verspürte aber plötzlich Sehnsucht nach seinem Heimatdorf in den Vogesen und wanderte nach Frankreich zurück, während seine Frau in Amerika blieb. Da sie nichts mehr von sich hören ließ, und auch Renou sich seinerseits nicht mehr um sie zu kümmern für nötig hielt, gab er sich dem Glauben hin, seine erste Frau sei gestorben, und baute sich ein neues „Nest." Dieses Idyll dauerte mehrere Jahre. Es würde ewig gewährt haben, wenn es nicht durch eine namenlose Anzeige gestört worden wäre. In dieser wurde den Gerichten mitgeteilt, daß Renou zweimal verheiratet sei, und daß die erste Frau noch lebe. Zur Verantwortung gezogen, entschuldigte Renou sich damit, daß, da sie nichts mehr von sich habe hören lassen, er angenommen habe, seine erste Frau sei gestorben. Das Gericht ging gnädig mit ihm um. Renous zweite Ehe wurde für ungültig erklärt. Um nun doch die zweite Frau heiraten zu können, muß er sich von der ersten scheiden lassen.

○ **Reisezweck: „Männerfang".** Dieser Tage fiel einem Hamburger Hafenbeamten bei der Prüfung der Reisepässe eines aus Amerika kommenden Dampfers in dem Paß einer jungen Amerikanerin die Eintragung „Männerfang" als Reisezweck auf. Auf die Frage des Beamten, was sie damit sagen wolle, gab die Miß prompt zur Antwort, sie sei nach Europa gekommen, um dort unter der Männerwelt Musterung zu halten. Sie sehe nicht ein, warum sie das verheimlichen solle. Dies allein sei der wahre Grund ihrer Reise, den sie doch ehrlicherweise angeben müsse.

Schillerhaus auf Abbruch.

Das Schillerhaus in Leipzig-Gohlis, 1710 errichtet, ist überaus baufällig. Es besteht die Gefahr, daß es auf Abbruch verkauft wird. In diesem Hause hat Friedrich Schiller im Jahre 1785 mit dem Verlagsbuchhändler Göschen gewohnt. Er dichtete hier das Lied „An die Freude".

Bademodenschau auf der Straße

Zum größten Erstaunen der Passanten ging eine Damengesellschaft in modernen Strandanzügen lustig plaudernd auf einer verkehrsreichen Straße Londons spazieren. Es stellte sich bald heraus, daß es Mannequins eines Londoner Modehauses waren, die auf diese originelle Art die neuesten Modelle von Strandanzügen vorführten.

Zwei französische Militärflugzeuge abgestürzt. Die französische Militärfliegerei wurde von zwei schweren Unfällen betroffen, die den Fliegern das Leben kosteten In Bourg fing ein Jagdflugzeug in der Luft Feuer und stürzte brennend ab. Der Führer wurde vollständig verkohlt neben seinem Apparat aufgefunden. In Lyon stürzte ebenfalls ein Militärflugzeug ab und ging dabei in Flammen auf. Der Führer verbrannte.

Bombenanschlag auf ein italienisches Arbeitsamt in Paris. Auf ein italienisches Arbeitsvermittlungsbüro in Paris wurde ein Bombenanschlag verübt, durch den vier Italiener lebensgefährlich verletzt wurden. Die Polizei ist der Auffassung, daß es sich nicht um einen politischen Anschlag, sondern um einen Racheakt handelt.

Allen denen, die uns anläßlich unserer Vermählung durch Gratulationen und Geschenke erfreuten, danken wir hierdurch herzlichst

Friedrich Breitnütz und Frau Luise
geb. Schiek

Nebra, Juli 1931

Betr. Kapaunisier-Kursus.

Am Mittwoch, dem 8. Juli d. Js., findet vormittags von 10.30 Uhr bis nachmittags gegen 5 Uhr im Hotel „Zur Sonne" in Querfurt ein Kapaunisier-Kursus unter Leitung von Tierzuchtinspektor Oppermann statt. Jedem Teilnehmer wird empfohlen, ein Hähnchen leichter Rasse (Leghorn, Italiener, Rheinländer usw.), 7—10 Wochen alt oder ein Hähnchen schwerer Rasse (Orpington, Wyandotten, Gelbe Cröllwitzer usw.), 9—12 Wochen alt, mitzubringen.

Nachdem durch Herrn Oppermann die entsprechenden Anleitun- Nachdem durch Herrn Oppermann die entsprechenden Anleitungen gegeben sind, kann jeder Teilnehmer(in) die mitgebrachten Hähnchen selbst kapaunisieren. Einleitend wird auf die verschiedenen Methoden, den Zweck des Kapaunisierens und die richtige Fütterung der Kapaune hingewiesen.

Zum Schlusse — bezw. die letzte Hälfte — des Kursus wird das moderne Schlachten, Rupfen und Tressieren des Schlachtgeflügels praktisch vorgeführt und erklärt. Die Teilnahme beträgt pro Person 0,75 RM. Die Anmeldungen sind bis spätestens 4. Juli an die Beratungsstelle für Geflügelzucht in Kölleda (Kreishaus) oder an die Landwirtschaftsschule in Querfurt zu richten. Rege Teilnahme ist im Interesse der Sache erwünscht.

Kölleda, den 24. Juni 1931.

Beratungsstelle für Geflügelzucht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen für die Kreise Querfurt, Weißensee und Eckartsberga in Kölleda (Kreishaus).

Veröffentlicht:

Nebra, den 2. Juli 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Durchführung „wilder" Geldsammlungen.

Die Polizeiverwaltung hat Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß zur Durchführung von Geldsammlungen die Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten notwendig ist. Hierunter fallen auch Geldsammlungen von örtlichen Vereinen, Organisationen usw.

Sämtliche Sammler, die auf Grund einer behördlichen Genehmigung eine Geldsammlung durchführen wollen, besitzen einen amtlich beglaubigten Ausweis mit Lichtbild, der auf Verlangen vorzuzeigen ist.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, auftretende „wilde" Sammler sofort zur Anzeige zu bringen, damit ein Strafverfahren eingeleitet werden kann. Wer ohne die vorgeschriebene Erlaubnis eine Geldsammlung durchführt oder durchführen läßt, wird auf Grund der §§ 1 und 11 der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 (R.G.Bl.S.143) mit Geldstrafe bis zu 10000.— RM. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Nebra, den 3. Juli 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Betrifft: Sommermarkt.

Der diesjährige **Sommermarkt** findet vom **12. bis 14. Juli d. Js.** statt.

Der Markt wird durch Verkaufsstände aller Art und Fahrgeschäfte reichlich beschickt.

Nebra, den 3. Juli 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Verlängerte Beschäftigungszeit im Gewerbebetriebe.

Für **Sonntag, den 12. Juli** ds. Js. ist eine **verlängerte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe** und zwar **von 7½ bis 9½ Uhr** und **von 12 bis 18 Uhr** gestattet.

Während des Hauptgottesdienstes darf die Ausübung des Gewerbebetriebes nicht stattfinden.

Nebra, den 3. Juli 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Schützengilde Nebra

Zu unserem diesjährigen

Mannschießen

laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein und bitten um zahlreichen Besuch. **Das Direktorium.**

Festfolge

Sonnabend, den 4. Juli

8.30 Uhr abends: Zapfenstreich

Sonntag, den 5. Juli

6 Uhr morgens: Wecken
1 Uhr mittags: Aufzug der Wache
2 Uhr nachmittags: Umzug, anschließend
Konzert und Schießen
8 Uhr abends: **Ball**

Montag, den 6. Juli

8 Uhr morgens: Aufzug d. Wache u. Beginn d. Schießens
11 Uhr morgens: Frühstück
1 Uhr mittags: Fortsetzung des Schießens
5 Uhr nachmittags: Proklamation der neuen Könige
6 Uhr nachmittags: Einzug
8 Uhr abends: **Königsball**

Wo gibt es
KAFFEE HAG
den coffeinfreien Bohnenkaffee?
Stets frisch zu haben bei:
R. Barthel, Nebra

Sonntag, den 5. Juli 1931

Missions-Fest in Großwangen

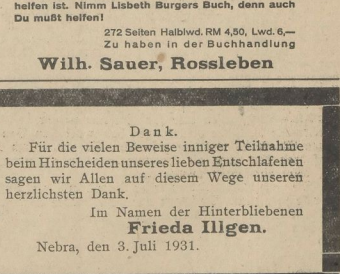
½3 Uhr: **Festpredigt,** Pastor Lindemann
½4 Uhr: **Nachfeier im Saal**

Redner: Missionar Beisenherz, Pfarrer Mendelson, Pfarrer Giesewetter

Hierzu wird herzlichst eingeladen. **Giesewetter,** Pfarrer

Fast neuer
Kinderwagen
billig zu verkaufen.
Zu erfragen in d. Geschäftsstelle dieser Ztg. in Nebra am Markt.

Sommer-Sprossen
werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Preis ℳ 2.75
In Nebra: Adler-Drogerie W. Gutsmuths



Weißt Du, wie die Arbeitslosigkeit die Menschen quält und zermürbt? Ahnst Du, wie sie an der Wurzel der Volkskraft nagt? Siehst Du nicht, wie sie Sitte und Zucht unterwühlt? Lisbeth Burger, die Verfasserin der berühmten „Storchentante" schildert diese drückende Volksnot unserer Tage in dem neuen Werk

„Arbeitslos"

und zeigt, wie diesen vom Schicksal Geprüften zu helfen ist. Nimm Lisbeth Burgers Buch, denn auch Du mußt helfen!

272 Seiten Halbiwd. RM 4,50, Lwd. 6,—
Zu haben in der Buchhandlung
Wilh. Sauer, Rossleben

Dank.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frieda Illgen.

Nebra, den 3. Juli 1931.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310704-11/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 79 Sonnabend, den 4. Juli 1931. 44. Jahrgang

Hoovers dringlicher Appell.

Das amerikanische Memorandum an Frankreich.

Washington, 3. Juli

Das im Auftrage des Präsidenten Hoover von Castle und Morrow ausgearbeitete Memorandum bewegt sich, abgesehen von einer vorsichtigeren Formulierung, im allgemeinen auf der Linie der gestrigen offiziösen Regierungserklärung.

Die Note bringt klar zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres rund 100 Millionen Dollar mehr einbüßen würde, als wenn es dem Hooverplan zustimmte.

Zweifellos würde Deutschland, wenn der Hooverplan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschützten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschützten Zahlungen zu leisten, würde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, andererseits aber gezwungen sein, 106 Millionen Dollar als Garantiefonds an die BIZ und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen. Das bedeute also einen Verlust von 100 Millionen Dollar.

In dem Memorandum wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer drohe. Schon der Hooverplan allein habe das Vertrauen wiederkehren lassen. Das habe sich in der Steigerung aller Waren und Effektenpreise auf allen Weltmärkten wiedergespiegelt.

Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlages knüpfe, stünden nicht im Einklang mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten, sie seien vielmehr geeignet, die beabsichtigte Hilfsaktion für Deutschland zu verhindern.

Die Washingtoner Regierung halte zwar daran fest, daß die Rückerstattung der gestundeten Beträge über 25 Jahre verteilt werde, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, wenn andere Streitfragen aus der Welt geschafft würden, besonders wenn während der beiden nächsten Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Die Befürchtungen Frankreichs, daß es gezwungen werden könnte, den Garantiefonds in die BIZ einzuzahlen, seien grundlos, weil alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten. Wenn Frankreich wirklich Angst habe, dann sollten die übrigen Regierungen ausdrücklich Frankreich von der Besorgnis befreien.

Die französische Forderung aber, daß die von Deutschland während des Moratoriumsjahres an die BIZ abgeführten und auf dem Anleihewege wieder zurückerworbenen Beträge dem Garantiefonds derweise gutgeschrieben werden sollten, als ob Frankreich selbst die Garantiezahlung geleistet hätte, stehe nicht nur mit dem Geist, sondern mit dem Wesen des Hooverschen Angebots im völligen Widerspruch.

Die Regierung der Vereinigten Staaten könne über eine Abänderung des Youngplanes selbstverständlich nicht verhandeln, da sie ihn nicht unterzeichnet habe.

Abschließend appelliert die Washingtoner Regierung nochmals an Frankreich und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Regierung einen Weg finden möge, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Plan Hoovers in Wirksamkeit zu setzen, da kein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sei, ohne daß alle Staaten vorübergehende Opfer auf sich nähmen.

Eine amtliche Pariser Erklärung.

… eranlaßt gesehen,
… n Denkschrift fol-
… ben:
… **en, scheint es not-**
… **iftstück, von dem in**
… **nschluß an die Be-**
… **französischen Unter-**
… **arakter einer Note**
… **nur ein aide me-**
… **nterhändler infor-**

… **esenen Verhand-**
… **tssekretär Mellon**
… **Laval, die eine**
… **des Hooverplans**
… **gt worden. Der**
… **zt werden sollen,**

… dum.

… s am Mittwoch
… urde, ist in der
… n aufgenommen
… en der amerika-
… hre eigene Mei-
… Gegenvorschläge
… nsbesondere den
… der nicht dazu
… ichtern.

Das englische Echo·

Bei der Erörterung des amerikanischen aide memoire an Frankreich erklärt der diplomatische Mitarbeiter des arbeiterparteilichen

„Daily Herald“,

es sei nunmehr Sache Frankreichs, sich endlich schnell zu entschließen. Die finanzielle Anspannung Deutschlands, die bei Bekanntgabe des Hooverplanes etwas nachgelassen habe, verstärke sich jetzt wieder weiter. Die Lage werde wieder sehr ernst.

„Daily Expreß“

ruft: Heil Mussolini! Der Führer Italiens habe sich als Realist und als Idealist erwiesen, der unmittelbar auf das Ziel losgesteuert sei, während Frankreich sich widersetze.

„News Chronicle“

meint, die amerikanische Denkschrift ebne den Weg zu einer Einigung.

Abbau der innerdeutschen Gesandtschaften

Berlin, 2. Juli.

Ministerpräsident Braun hat vor ungefähr einer Woche denjenigen deutschen Ländern, die noch Gesandte bei Preußen unterhalten, mitgeteilt, daß es nach der Beseitigung der preußischen Gesandtschaft in München scheine, als ob dieses System jetzt endgültig überlebt sei. Es ist damit zu rechnen, daß die völlige Beseitigung dieser Einrichtung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Vor dem Kriege waren, wie vielleicht nicht allgemein bekannt ist, alle ausländischen sowie die innerdeutschen Gesandtschaften nicht beim Reich, sondern beim König von Preußen akkreditiert. Nach der Umwälzung änderte sich das. Lediglich die deutschen Länder unterhielten auch weiterhin bei Preußen Gesandte. Bis zur jetzt erfolgten Abberufung des bayerischen Gesandten von Preger aus Preußen unterhielten nicht weniger als zwölf Länder bei Preußen Gesandte. Braunschweig und Anhalt sind durch einen gemeinsamen Gesandten vertreten. Neben Bayern hat zur Zeit lediglich Thüringen keinen eigenen Gesandten mehr in Berlin. Preußen selbst hat keinen einzigen Gesandten mehr bei den Ländern.

Brüning gegen Versailles-Kundgebung.

Er hält sie gegenwärtig für unangebracht.

Berlin, 3. Juli.

Die Verhinderung der Versailles-Kundgebung der Kölner Studentenschaft ist — wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt — auf das Eingreifen des Reichskanzlers Brüning zurückzuführen. Der Staatssekretär der Reichskanzler habe am 25. Juni an den Rektor der Universität Köln folgendes Telegramm gesandt:

„Reichskanzler dankt vielmals für die Bemühungen, dortige Studentenschaft zu einer einheitlichen Kundgebung zu veranlassen. Reichskanzler verkennt nicht die tiefe vaterländische Gesinnung, die Kölner Studenteaschaft beseelt. Hält es aber aus politischen Gründen im gegenwärtigen Augenblick für richtiger, Kundgebungen der vorgeschlagenen Art überhaupt zu vermeiden. Ich verweise auf Rundfunkrede Reichskanzlers, deren Widerhall im Auslande durch solche Kundgebungen selbst in gemäßigter Form stark beeinträchtigt werden könnte.“

Zwischenfälle an der Kölner Universität.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der von der Studentenschaft an der Kölner Universität geplanten Kundgebung gegen Kriegsschuldlüge und Friedensvertrag kam es an der Universität zu Zwischenfällen. Als eine Versammlung von Studenten das Deutschlandlied anstimmte, weigerten sich einige wenige Studenten, die Kopfbedeckung abzunehmen, worauf eine Schlägerei entstand, bei der ein einer jüdischen Verbindung angehörender Student am Kopf erheblich verletzt wurde. Kurze Zeit darauf erschien das Ueberfallkommando, das auch in die Universität eingelassen wurde und die Studenten auseinandertrieb.

Verschuldung der Beamten.

Eine Verfügung des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Dietrich hat eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Es mehren sich die Fälle, in denen Beamte zur Erlangung eines durch Lebensversicherung gesicherten Darlehns bei ihren Dienststellen die Ausstellung von Bescheinigungen über die Höhe und die Abtretungsfähigkeit ihres bisher erdienten Ruhegeldes (Ruhegehalts) beantragen. Derartigen Anträgen kann in der beantragten Form nicht entsprochen werden, da die Entscheidung über die anzurechnende ruhegehaltsfähige Dienstzeit (Pensionsdienstzeit) erst bei der Versetzung des Beamten in den Ruhestand getroffen wird und die in diesem Zeitpunkt bestehende Rechtslage jetzt noch nicht übersehen werden kann.

Mit Rücksicht hierauf kann dem Beamten lediglich eine Bestätigung über seine Besoldungsgruppe, Besoldungsstufe und über die Zeit, die er als Beamter im Reichs- oder Staatsdienst zurückgelegt hat, erteilt werden. Es muß der Darlehnsgeberin überlassen bleiben, hieraus ihre Folgerungen hinsichtlich des zu gewährenden Kredits zu ziehen.

Aus dem Umstande, daß eine Bescheinigung erteilt ist, kann auch nicht gefolgert werden, daß die Dienststelle die Kreditnahme als wirtschaftlich gerechtfertigt ansieht. Zu einer solchen Prüfung bietet der Antrag des Beamten auf Erteilung der Bescheinigung keinen Anlaß. Es muß dem Beamten überlassen bleiben, darauf zu achten, daß er Kredite nur aus wichtigem Anlaß und nur bis zu einer Höhe entnimmt, die eine untragbare Verschuldung ausschließt.“

Das Posener Wilson-Denkmal.

Der Kampf hinter den Kulissen.

Warschau, 3. Juli.

Am Sonntag wird in Posen ein Denkmal für den verstorbenen früheren amerikanischen Präsidenten Wilson enthüllt, dessen Unkenntnis europäischer Verhältnisse der neue polnische Staat so viel zu danken hat. Die Witwe Wilsons ist von der polnischen Regierung zu dieser Feier eingeladen worden und bereits in Warschau eingetroffen. Eine andere Einladung der polnischen Regierung aber ist erfolglos geblieben, nämlich die an den Stifter des Denkmals, den ehemaligen polnischen Staatspräsidenten, den großen Klavierspieler und nicht minder großen Propagandisten des neuen Polen, Paderewski.

Er hat abgelehnt, da seine Frau in der Schweiz krank liege und er sie nicht alleinlassen könne. Diese Entschuldigung ist stichhaltig, sie dürfte aber kaum der entscheidende Grund für die Zurückhaltung Paderewskis sein. Als eine der führenden Persönlichkeiten der Nationaldemokratischen Partei Polens steht Paderewski in schroffer Gegnerschaft zu der jetzigen Regierung, und das ist einmal der Grund, weshalb er sich seit Jahren der Heimat fernhält, und es ist bei dem aktuellen Anlaß der Grund, weshalb er bestimmt hat, daß das von ihm gestiftete Denkmal nicht in der Hauptstadt Warschau errichtet wird, sondern in Posen, wo seine Partei besonders stark ist. Um das Erscheinen Paderewskis bei der Denkmalsweihe hat hinter den Kulissen ein leiser, aber heftiger Kampf getobt. Die Nationaldemokratische Partei wollte sein Erscheinen zu einer besonderen Demonstration gegen die Regierung benutzen, auf der anderen Seite haben Vertreter der Regierungskoalition sich bemüht, auf Paderewski einzuwirken, daß er nach Warschau kommen und sich hier um einen Ausgleich zwischen der Regierung und der Nationaldemokratischen Opposition bemühen möge. Offenbar hat Paderewski aus dem Lager seiner Freunde Bescheid darüber bekommen, daß angesichts der zunehmenden Verschärfung des diktatorischen Regierungskurses an eine solche Versöhnung nicht zu denken sei, und da er an einer Zuspitzung der Gegensätze mit Hilfe seiner Person wohl kein Interesse hat, hat er es vorgezogen, sich zurückzuhalten, zumal er einen so guten Grund für sein Fernbleiben geltend machen konnte.

Zwischenfall im Rundfunk.

Kommunisten schalten sich gewaltsam ein.

Aus Rundfunkhörerkreisen wird berichtet, daß während einer Tanzmusikübertragung des Westdeutschen Rundfunks plötzlich eine Stimme mit den Worten sich einschaltete: „Achtung, Achtung hier ist der Sender der kommunistischen rheinischen Presse. Wir senden, ob verboten oder nicht, trotz Notverordnung . . .“

Hierzu wird von dem Westdeutschen Rundfunk mitgeteilt: Um 22.55 Uhr bemerkten die Beamten des Senders Langenberg Knackgeräusche in der Sendung und stellten fest, daß ihre Dienstgespräche mit über den Sender gingen. Es mußte demnach an einer Stelle eine Leitungsberührung mit der Uebertragungsleitung stattgefunden haben. Um 23 Uhr wurde die aus Köln kommende Tanzmusik des Senders Langenberg von einer kurzen Werberede für die kommunistische Partei überlagert. Schon nach einer halben Minute schalteten die Senderbeamten geistesgegenwärtig den Sender Langenberg ab und gaben die Kölner Tanzmusik nach etwa 5 Minuten über eine Ersatzleitung wieder auf den Sender. Es handelt sich demnach um eine gewaltsame Einschaltung in eine Uebertragungsleitung von unbefugter Seite. Die Untersuchung dieses Falles liegt in den Händen der Oberpostdirektion Düsseldorf.

Skagerrak-Gedenkfeier der Reichsmarine.

Boote der zweiten Torpedobootshalbflottille der Reichsmarine liefen auf der Rückkehr von der Sommerausbildungsreise die schwedische Schären-Insel Stensholm, die nördlich von Göteborg im Skagerrak liegt, an, um dem dort befindlichen Frieghof der Skagerrak-Gefallenen einen Besuch abzustatten. Eine Abordnung legte an den Gräbern der Gefallenen, die 1916 nach der Skagerrak-Schlacht an dieser Insel angespült und von schwedischen Fischern begraben worden waren, einen Kranz nieder und hielt eine schlichte Gedächtnisfeier ab.

Frankreich macht Versprechungen.

Eine Abordnung der saarländischen Bergarbeitergewerkschaft, der auch Reichstagsabgeordneter Kuhnen angehörte, wurde in Paris vorstellig, um den französischen Regierungsstellen über die gewaltige Not unter den Bergleuten des Saargebiets zu berichten und Hilfsmaßnahmen zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310704-11/fragment/page=0005